

## Unwürdiger Sarrazin

Zu: „SPD kann Sarrazin ausschließen“, FR-Politik vom 12. Juli

Juso-Vorsitzender Kevin Kühnert lobt zu recht das Plädoyer des Parteigerichts, welches dem Antrag des Parteivorstands für einen Ausschluss Thilo Sarrazins stattgegeben hat. Nun lässt sich trefflich darüber streiten, ob es taktisch klug ist, Sarrazin aus der Partei zu werfen, weil er dadurch noch mehr Publicity erhalten würde. Doch es gibt Situationen; in denen ich als SPD-Mitglied sozialdemokratische Prinzipien einfordern muss. Und ein solches Prinzip ist die absolute Ächtung von Rassismus und Rechts-extremismus. Thilo Sarrazin vertritt immer wieder derartige Positionen und disqualifiziert sich damit als zutiefst unwürdig, sich Sozialdemokrat nennen zu dürfen. Seine kruden Thesen sind durch Hass auf Muslime und andere Minderheiten genauso geprägt wie durch seine mangelnde Solidarität mit armen Menschen. Seine Zitate sind zum Verwechseln ähnlich mit den Hasparolen der AfD und der gesamten Rechten. Für ihn sind nicht alle Menschen gleich, sondern er unterscheidet zwischen nützlichen und unnützen Menschen.

Das alles hat mit der SPD und ihren Grundsätzen nichts zu tun. Wenn die Sozialdemokratie Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, was man auch als Solidarität übersetzen kann, treu bleiben will, dann muss sie Sarrazin ausschließen, egal wie die ordentliche Gerichtsbarkeit und Bundesverfassungsgericht entscheiden werden. Sarrazin soll dahin gehen, wo er hingehört, nämlich zu den Rechtsradikalen. Ich würde mich jedenfalls in der SPD noch ein Stück wohler fühlen, wenn es zum Rauswurf käme. Die Partei erhalte dadurch eine neue Portion Glaubwürdigkeit. Manfred Kirsch, Neuwied

**Diskussion:** [frblog.de/sarrazin-2](http://frblog.de/sarrazin-2)

## Nichts gebacken

Angriffe in Libyen: „UN einigt sich auf Resolution“, FR-Politik vom 6. Juli

Herr Trump und Herr Putin, Sie sollten sich was schämen, dass Ihr auf unserer Welt nicht in der Lage seid, das barbarische Abschachten von Menschen zu beenden, wie jetzt wieder in Libyen geschehen. Was seid Ihr für Staatenlenker, dass Ihr nicht mal die einfachsten Werte auf der Welt – das Leben und die Würde des Menschen – gewährleisten wollt und könnt! Jeder noch so kleine oppositionelle Protest wird von Euch bemerkt, notiert und fast tödlich niedergeschlagen, und wo Eure Kontrolle am größten ist, in der „Berüstung“ kriegslüsterner Staaten, da kriegt Ihr nichts gebakken! Es ist eine Schande mit Eurer Macht, die Ihr nicht sinnvoll einsetzen könnt und wollt! Und was ist eigentlich mit unserem Waffenlieferer Deutschland? Oskar Voigt, Frankfurt



**BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION**

**Schreiben Sie an:**  
Bronski  
Frankfurter Rundschau  
60266 Frankfurt am Main

**Faxen Sie an:**  
069 / 2199-3666

**Mailen Sie an:**  
[Bronski@fr.de](mailto:Bronski@fr.de) oder  
[Leserbrief@fr.de](mailto:Leserbrief@fr.de)

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter [www.frblog.de](http://www.frblog.de) veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

### FR ERLEBEN

**Bascha Mika** diskutiert mit Prof. Ulrich Raulff, der soeben zum neuen Präsidenten des Instituts für Auslandsbeziehungen (ifa) ernannt worden ist, und Fritz Kuhn (OB Stuttgart, Grüne) „Zur Kritik der politischen Sprache“: Wie hat sich politische Rede in den vergangenen Jahren verändert?

**23. Juli 2019, 18 Uhr**  
Rathaus Stuttgart, Marktplatz 1, Großer Saal

**Stephan Hebel** lädt wieder ein zu „Hebels aktueller Stunde“ mit Vortrag und Diskussion zu politischen Themen. Einlass ab 18 Uhr.

**5. September, 19 Uhr**  
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt

**Lutz „Bronski“ Büge** stellt seinen neuen Roman „Incubus - Virenkrieg III“ vor und liest daraus. Anlässlich der Neuerscheinung gibt es Crémant. Eintritt frei,  
**19. September, 19.00 Uhr**  
Bibliothekszentrum Sachsenhausen, Hedderichstr. 32, Frankfurt

**Bernd Hontschik** liest aus seinem Buch „Erkranken schadet der Gesundheit“, das auf seinen FR-Kolumnen beruht.

**24. Oktober, 18.30 Uhr**  
Bürgerinstitut, Oberlindau 20, Frankfurt



## Heute auf einer Verkehrsinsel

„Ich will mal einen positiven Aspekt aus der Stadt schicken. Das Bild ist auf einer Verkehrsinsel in Frankfurt an der Kreuzung Bergerstraße/Höhenstraße entstanden. Wenn man die Natur einfach in Ruhe lässt, wachsen solche bezaubernden Blumeninseln als Bienenfutter umtost vom Autoverkehr auf einer Verkehrsinsel. Vielleicht habt ihr einen Platz in der FR dafür.“

ALBERT WIEDENMANN, FRANKFURT

## Unchristliche Politik

Seenotrettung: „Menschlichkeit fehlt“, FR-Meinung vom 9. Juli

Das Verhalten, explizit der italienischen Regierung und die Argumentation von Herrn Salvini ist wahrlich eine Schande für Europa und das christliche Abendland. Gerade Italien, dessen Bevölkerung überwiegend dem katholischen Glauben angehört, sollte sich an Grundzüge der Heiligen Schrift erinnern. Ein großer Teil der italienischen Bevölkerung, aber auch der gesamtchristlichen Gesellschaft wird zur Weihnachtszeit in die Mitternachtsmesse gehen und dort in der Predigt vernehmen, dass damals eine heilige Familie an Türen vieler Häuser klopfte, um nach Asyl nachzufragen. Hier wäre der Vatikan gefragt. Papst Franziskus könnte wenigstens bei Ansprachen auf dem Petersplatz die Politik der italienischen Regierung anprangern. Er würde ein gleiches Maß an Zivilcourage zeigen wie es die Kapitänin Rackete aufgebracht hat.

Italien und Europa sollten nicht vergessen, dass es internationale See-Abkommen gibt, die alle Kapitäne auf hoher See verpflichten, Menschen in Seenot zu bergen und in die nächsten sicheren Häfen zu bringen. Nach einer Verbringung in einen sicheren Hafen muss dann eine weitere Verteilung stattfinden, aber zuerst haben diese Menschen das Recht, gerettet und geborgen zu werden.

Bei den Vorschriften der SAR-Regelung handelt es sich um ein internationales Abkommen aus den 1940er Jahren. Es umfasst die Rettung und Bergung aus See und aus der Luft, entsprechend werden See- und Luftfahrzeuge in solche Rettungsaktionen involviert. Dieses Abkommen hat auch Italien ratifiziert. Nach der Absetzung eines Seenotsignals, SOS im Telegraphiefunk als Morsesignal, Mayday als Sprechfunksignal oder rote Signalaraketen, die 40 Sekunden leuchten, müssen sich alle Schiffe im betroffenen Gebiet an der Suche und Rettung beteiligen.

Herr Salvini und die italienische Regierung betreiben eine unmenschliche und unchristliche Politik, die an Grausamkeit kaum zu überbieten ist. Den Flüchtlingen und Kapitänin Rackete Kriminalität zu unterstellen und vorzuwerfen, hat seine eigene Qualität und spricht für sich. Alle diese Flüchtlinge haben ihr Land nicht aus freien Stücken verlassen. Des Weiteren sind sie Opfer einer international agierenden Schleppermafia, die bestimmt nicht daran interessiert ist, Frieden in den dortigen Krisengebieten herbeizuführen und damit der Ursache für Flucht und Vertreibung ein Ende zu setzen. Georg Dovermann, Bonn

**Diskussion:** [frblog.de/rackete](http://frblog.de/rackete)

## Nötigung durch USA

Bundeswehreinsetzung: „Politik statt Soldaten“, FR-Meinung vom 8. Juli

Von US-amerikanischer Seite ist die Bundesrepublik aufgefordert worden, endlich Bodentruppen in die Konfliktherde Syrien und Irak zu entsenden. Dort ist bekanntlich die Bundesluftwaffe mit Aufklärungsflugzeugen, allerdings ohne unmittelbare kriegerische Funktion, im Einsatz. Bevor die USA mit solchen Ansinnen an die Bundesrepublik herantreten, sollten kompetente Verfassungsrechtler der Washingtoner Administration darlegen, dass nach dem deutschen Grundgesetz die Bundeswehr auf eine reine Verteidigungsfunktion festgelegt ist. Auslandseinsätze bedürfen immer der Genehmigung des Bundestages und können nicht wie in Washington vom Präsidenten einfach angeordnet werden.

Wenn die Bundesrepublik weiterhin von den USA in Sachen Militärausgaben oder Truppenbereitstellung derart genötigt wird, wie dies ständig geschieht, kommt früher oder später ein Zeitpunkt, an dem maßgebliche deutsche Politiker verlangen werden, dass die Mitarbeit in den zentralen Nato-Gremien solange suspendiert wird, bis die Rechtslage, auf der die Bundeswehr basiert, auch innerhalb der Nato anerkannt wird. Bekanntlich schied Frankreich bereits einmal für eine ganze Reihe von Jahren aus dem integrierten Oberkommando der Nato wegen militärrechtlichen Unstimmigkeiten aus.

Versuchte Nötigung darf es unter Nato-Verbündeten nicht geben. Dass die Bundesrepublik mehr für die Verteidigung ausgeben muss, wird in der deutschen Öffentlichkeit mehr und mehr anerkannt. Aber Nötigung geht nicht und über die Aufstockung des bundesdeutschen Wehretats entscheidet ausschließlich der Bundestag!

Sigurd Schmidt, Bad Homburg

## Musterknabe Deutschland

Zu: „NO<sub>2</sub>-Messstellen stehen richtig“, FR-Wirtschaft vom 11. Juli

Das Gutachten des TÜV Rheinland kann jetzt ein guter Anlass sein, endlich mal aufzuzeigen, dass das eigentliche Problem darin besteht, dass Deutschland durch Übererfüllung der EU-Vorgaben den Übermusterschüler geben möchte. Ich empfehle, als Vergleichsbeispiel die Positionen der Messstationen in Salzburg auf Google Earth anzuschauen. Und dann zum gefälligen Vergleich die Station Neckartor in Stuttgart. Oder auch Friedberger Landstraße in Frankfurt (direkt am Fahrbahnrand unter Baumkronen, die die Luftzirkulation behindern). Des Pudels Kern jedoch ist: Wer verfolgt hinter den Kulissen welche Interessen? Walter Emmerich, Frankfurt